

In diesem Zusammenhang ist es angebracht, darauf hinzuweisen, daß die Parteiorganisationen im Staatsapparat mehr Einfluß darauf nehmen müssen, wie die Mitarbeiter im Staatsapparat ihre Aufgaben lösen. Dazu gehört vor allem, Klarheit zu schaffen über das Verhältnis Staatsapparat—Volksvertretung. Sonst übernimmt die Parteigruppe in der Volksvertretung Aufgaben, für die die Parteiorganisation im Staatsapparat verantwortlich ist.

Aber auch die Parteiorganisationen in den Betrieben und Institutionen haben die Pflicht, die Abgeordneten bei der Lösung ihrer Aufgaben zu unterstützen und zu kontrollieren, wie sie als Abgeordnete tätig sind. Dabei müssen die Bezirks- und Kreisleitungen diesen Parteiorganisationen helfen, damit die Rolle und Bedeutung der Abgeordneten richtig erkannt wird und die Partei alle Tendenzen der Unterschätzung der Volksvertreter in den Betrieben und Institutionen bekämpfen kann. Nach dem Artikel kann man den Eindruck haben, und er könnte dazu verleiten, daß man der Parteigruppe Aufgaben überträgt, wofür die Parteiorganisationen die volle Verantwortung haben.

Noch ein letztes Problem, welches eine falsche Orientierung für die Arbeit der Parteigruppen in den Volksvertretungen gibt. Dem Artikel nach soll sich die Parteigruppe bei der Nationalen Front dafür einsetzen, daß dem Abgeordneten ein Wirkungsbereich zugeteilt wird, welcher seinen Wünschen entspricht. Hier wird die Nationale Front über das Machtorgan gestellt. Die Wirkungsbereiche werden doch nach vorheriger Aussprache mit dem Volksvertreter und den Ausschüssen der Nationalen Front im Plenum beschlossen. Deshalb ist die Festlegung und die Veränderung der Wirkungsbereiche für die Abgeordneten eine Angelegenheit der Volksvertretungen.

Ich hoffe, mit diesen Bemerkungen Anregungen zu weiterer Diskussion über die Methoden der Arbeit der Parteigruppen in den Volksvertretungen gegeben zu haben.

Alfred Leichsenring

---

## Es geht um die Sicherung der innergewerkschaftlichen Demokratie

### Einige Probleme der Organisationskonferenz der IG Chemie

Seit der 3. Parteikonferenz ist in den Gewerkschaften eine lebhafte Diskussion über die Organisationsarbeit und den Arbeitsstil in den Gewerkschaftsleitungen im Gange. Die Ursache dafür liegt darin, daß die organisatorische Arbeit der Gewerkschaften nicht mit den politischen und ökonomischen Aufgaben Schritt gehalten hat. Aus diesem Grund führte die Industriegewerkschaft Chemie eine Organisationskonferenz durch, die am 7. und 8. Juni 1956 in den Leuna-Werken „Walter Ulbricht“ stattfand. Der Beschluß dieser Konferenz gewinnt im Zusammenhang mit den vom 28. Plenum des ZK entwickelten ideologischen und wirtschaftlichen Aufgaben noch größere Bedeutung. Genosse Herbert W a r n k e wies in seinem Referat auf der 23. Tagung des Bundesvorstandes über „Die nächsten Aufgaben der Gewerkschaften“ darauf hin, daß in diesem Beschluß die